presse

Die belarussische Regierung verweigert Uta Zapf die Einreise

Zur Verweigerung der Einreise von Uta Zapf zur Prozessbeobachtung des belarussischen Oppositionspolitikers Nikolai Statkevich erklärt der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier:

Am morgigen Mittwoch beabsichtigte Uta Zapf, den Prozessbeginn gegen den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Nikolai Statkevich in Minsk zu beobachten. Heute erst haben wir erfahren, dass die Belarussische Regierung die Einreise verweigert.

Nach den brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der belarussischen Regierung gegen die Opposition und die Präsidentschaftskandidaten der Wahlen im Dezember wäre es das Minimum, eine offene und ungehinderte Prozessbeobachtung zuzulassen. Die belarussische Regierung demonstriert damit, dass sie nicht bereit ist, auf den Weg des Dialoges zurückzukehren.

Wir fordern die Freilassung der politischen Gefangenen, die Einstellung der Verfahren gegen die oppositionellen Politiker und die Aufnahme einer echten Dialogpolitik mit der Zivilgesellschaft, wie sie im Rahmen der OSZE beabsichtigt ist.